

"Die Fusion zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in Deutschland" in Le Monde (23. April 1946)

Legende: Am 23. April 1946 untersucht die französische Tageszeitung Le Monde die Konsequenzen der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), die aus dem Zusammenschluss der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) hervorgegangen ist.

Quelle: Le Monde. dir. de publ. Beuve-Méry, Hubert. 23.04.1946, n° 415; 3e année. Paris: Le Monde. "La fusion socialo-communiste en Allemagne", p. 1.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/die_fusion_zwischen_sozialdemokraten_und_kommunisten_in_deutschland_in_le_monde_23_april_1946-de-5f136cbb-50bc-4c85-b9ba-5520580d096c.html



Publication date: 05/07/2016

Die Fusion zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in Deutschland

Seit einigen Wochen wurde die Fusion der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei, die soeben in Berlin bekannt gegeben wurde, erwartet. Sie war von den Vorständen beider Parteien im Prinzip beschlossen und in der russischen Zone durch ein Referendum bestätigt worden. Jedoch hatte die sowjetische Militärregierung die Abstimmung in ihrem Berliner Sektor untersagt. Im französischen, britischen und amerikanischen Sektor waren 19 000 von 23 000 Stimmen gegen die Fusion. In den drei westlichen Zonen Deutschlands fand keine Abstimmung statt.

Es handelt sich also um die Entscheidung einer Minderheit, die auf Initiative und unter dem Druck einer der vier Besatzungsmächte getroffen wurde. Werden die drei anderen diese Entscheidung anerkennen? Die Briten haben bereits wissen lassen, dass sie die neue „Sozialistische Einheitspartei“ nur dann anerkennen würden, wenn sie durch eine Abstimmung in den von ihnen besetzten Gebieten bestätigt würde.

Diese Unstimmigkeiten könnten eine schwierige, um nicht zu sagen konfuse Situation schaffen. In Berlin bedarf jede neue Partei einer Genehmigung durch eine einstimmige Entscheidung der interalliierten Kommandantur. Wie werden sich die sowjetischen Repräsentanten mit denen der Westmächte einigen?

Wie auch immer ihre Entscheidung ausfallen mag, es scheint, dass der „Einheitssozialismus“ im sowjetischen Sektor der Hauptstadt den Sieg davontragen wird: Die Büros der sozialdemokratischen Partei und ihr Organ, deren Veröffentlichung in diesem Sektor verboten wird, sind schon in seiner Hand. Dagegen hat die Sozialdemokratie beschlossen, sich in den anderen Sektoren zu halten; die Besatzungsmächte haben ihr Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt, eine neue Zeitschrift wurde gegründet. Der Parteichef in den westlichen Zonen Schumacher erklärte öffentlich in Berlin, die gestrige Zusammenlegung sei keine wirkliche Fusion, sondern eine Fahnenflucht hin zur kommunistischen Partei. Den Kommunisten, so Schumacher, gehe es nicht darum, sich mit den Sozialdemokraten zu vereinen, sie wollten sie vielmehr unter ihre Kontrolle bringen.

Durch diese Haltung gegenüber dem Kommunismus repräsentiert Schumacher die extreme Spitze der Antifusionstendenz. Die westdeutschen Sozialdemokraten stehen nicht alle geschlossen hinter ihm. Einige – ihre Zahl ist nicht bekannt – sind wahrscheinlich für die Fusion. Andere dagegen wollen sie nicht, befürworten aber eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten, wie sich bereits anlässlich der Abstimmung vom 31. März in Berlin gezeigt hatte: Gleichzeitig mit einer starken Mehrheit gegen die Fusion ergab diese Abstimmung in einer zweiten Frage, die den Wählern gestellt wurde, eine – zugegebenermaßen etwas schwächere – Mehrheit für eine solche Zusammenarbeit.

Die gestrige Entscheidung löst nicht das Problem der Beziehungen zwischen den beiden marxistischen Parteien in Deutschland. Sie verlagert es lediglich auf eine neue Ebene. Als beide Parteien nach der Niederlage die politische Szene im letzten Jahr unter dem Zeichen der Entnazifizierung, des Antifaschismus und des deutschen Wiederaufbaus erneut betraten, ließ die Ähnlichkeit ihrer Programme eine Annäherung vermuten. War es weise zu vergessen, dass dies durch die Umstände bedingt war, dass nach wie vor starke Gegensätze bestanden, und vorzugeben, es sei möglich, diese Divergenzen in einer notgedrungen unvollständigen Fusion durch einen Federstrich zu beseitigen? Diese Fusion würde nur gelten, wenn sie das Ergebnis der Zustimmung nahezu aller Mitglieder beider Parteien wäre. Solange es auf der einen oder anderen Seite eine signifikante ablehnende Minderheit gibt, wird diese sich als unabhängige Partei halten.

Entsprechend wird die Fusion zum gegenwärtigen Zeitpunkt lediglich die Spaltung der Sozialdemokratie in zwei Lager bewirken. Diese Spaltung wird den Kommunismus begünstigen, der gestärkt aus ihr hervorgehen wird. Sie wird die politischen Auseinandersetzungen in Deutschland anfachen und die Gegensätze zwischen den Besatzungsmächten verstärken.

Einer Meldung zufolge gratulierten siebenundzwanzig Labour-Mitglieder den Sozialdemokraten, die an der Fusion teilgenommen hatten. Bevins Kollegen scheinen die britische Politik, die demgegenüber nur feindlich eingestellt sein kann, zu ignorieren. Sollte ein „Einheitssozialismus“ unter Moskaus Kontrolle in

ganz Deutschland triumphieren, so wären die Briten in ihrer Zone, in der die Arbeiterschaft am stärksten vertreten ist, nicht länger Herr im Haus. Ebenso wie die Labourpartei es bisher abgelehnt hat, die Kommunisten in ihre Reihen aufzunehmen, muss die von ihr gestellte Regierung die Fusionen in Deutschland bekämpfen: und das sowohl unter dem Aspekt ihrer eigenen Taktik als auch unter Berücksichtigung des nationalen Interesses.

Letztendlich fügt die Fusion ein weiteres Element zu der – bereits zu großen – Anzahl von Gründen hinzu, die Großbritannien und die UdSSR in Deutschland und anderswo einander gegenüberstellen.